

# Autonomie und Nachhaltigkeit

Eindrücke einer Expertenreise mit Misereor durch Nordargentinien und Paraguay

Wo der Regenwald gerodet wird, bleibt ein rötlicher Sandboden zurück. Für die Landwirtschaft ist er ausgesprochen schlecht geeignet, zudem höchst erosionsgefährdet. Wie läßt sich auf diesem Hintergrund in den Ländern der Regenwaldzone ökologische Nachhaltigkeit erreichen? Welche Agrartechniken und -strategien sind geeignet, sorgsam mit dem gefährdeten Boden umzugehen? Und welche Wege ihrer Einführung und Durchsetzung bieten sich an? Wie lassen sich schließlich ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit miteinander in Einklang bringen? Unter diesen Fragen stand eine Expertenreise, zu der das Bischöfliche Hilfswerk Misereor ausgewählte Personen nach Nordargentinien und Paraguay eingeladen hatte. Es war der erste Versuch Misereors, auf diese Weise seine Förderprojekte zu präsentieren und mit externen Fachleuten ins Gespräch zu kommen.

Die Reise fand vom 4. bis zum 15. März 2001 statt und stand unter der Leitung der zuständigen Länderreferentin, Dagmar Schuhmann, und des landwirtschaftlichen Beraters Herwart Groll. Neben acht Fachleuten aus verschiedenen Bereichen (konventionelle und ökologische Landwirtschaft, kirchliche Umweltberatung, Politik, Industrie, Moralthologie) nahmen fünf Journalistinnen und Journalisten an der Reise teil. Täglich standen mehrere Besuche von kleinbäuerlichen Betrieben, Genossenschaften, Ausbildungszentren sowie Gespräche mit den Verantwortlichen unterschiedlicher Partnerorganisationen von Misereor auf dem Programm. Der Zeitplan war sehr dicht und ging manchmal bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit. Eine nahezu per-

fekte Organisation ermöglichte jedoch, ein Maximum an Informationen aufzunehmen und auszutauschen.

## Allgemeine Probleme der Landbevölkerung

Was sind die zentralen Probleme der Landbevölkerung in Argentinien und Paraguay (und in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas)? Zunächst sind hier die Landlosen anzusprechen: Menschen, die im ländlichen Raum leben und sich traditionell als Tagelöhner der Großgrundbesitzer verdingen. Durch die täglich neue Abhängigkeit von der Nachfrage ihrer Arbeitskraft ist ihre Lage äußerst prekär. Zunehmend fordern sie daher ihr Recht auf einen Zugang zu eigenem Land ein. Dabei werden die Landlosen von den staatlichen Behörden nicht einmal zahlenmäßig erfaßt. Der letzte Zensus in Paraguay enthält keine Angaben über sie – ihr Problem wird weitgehend ignoriert. Auf Grund von Umfragen unter den Pfarrern schätzen die katholischen Bischöfe ihre Zahl in Paraguay auf ca. eine Viertelmillion Menschen bei derzeit 4,8 Millionen Einwohnern insgesamt – also etwa 5% der Bevölkerung. In Argentinien dürfte der Anteil nicht wesentlich geringer sein.

Weit größer noch ist die Zahl der Armen insgesamt, d.h. jener Menschen, die ständig um das Lebensnotwendige bangen müssen: In Paraguay schätzt man ca. 2,7 Millionen Menschen – mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Trotz der hochentwickelten Ballungsräume dürfte Argentinien insgesamt eine ähnliche Quote

aufweisen. Ein Teil dieser Menschen lebt auf dem Land. Die Kleinbauern, die sogenannten Campesinos, die ihre meist kinderreichen Familien im Schnitt von 3,5 Hektar ernähren müssen, gehören ausnahmslos dazu.

Außerhalb der Ballungsräume ist das Land extrem dünn besiedelt. Dörfer in unserem mitteleuropäischen Sinn gibt es auf Grund der historisch gewachsenen Strukturen kaum. Seit der Eroberung Lateinamerikas konzentriert sich der Landbesitz in der Hand weniger Großgrundbesitzer. Die Kleinbauern wohnen inmitten ihres zusammenhängenden, vom Staat zugewiesenen Areals und sind daher weit über das Land verstreut. Damit fehlen aber auch gewachsene Markttorte in erreichbarer Nähe, auf denen die Kleinbauern ihre Produkte anbieten könnten. Zudem gibt es auf dem Land praktisch keinerlei Infrastruktur. Der Zugang zu Strom und Trinkwasser ist oft nicht gegeben, befestigte Straßen verbinden nur die großen Städte. Das erschwert die Entwicklung des ländlichen Raumes erheblich. Wie kann sie dennoch vorangebracht werden?

### Der Weg: partizipative Förderung

Die Agenda 21 der UNCED (UN Conference on Environment and Development) von Rio 1992 hat nicht nur nach den Zielen, sondern auch nach den Wegen nachhaltiger Entwicklung gefragt. Von der Wahl der Wege, so der Gedanke, hängt die Nachhaltigkeit der erreichten Ziele maßgeblich ab. Insofern wundert es nicht, daß immerhin einer von vier Teilen der Agenda 21, nämlich Teil III (Kap. 23–32), der Frage nach den Subjekten nachhaltigen Handelns gewidmet ist. Inhaltlich scheint hier durchgehend das klassische Prinzip der Subsidiarität durch: Die beteiligten Personen und Gruppen sollen zu maximaler Eigenständigkeit geführt werden, übergeordnete Institutionen sollen nur dort unterstützend aktiv werden, wo dies zur Erreichung der Eigenständigkeit unabdingbar ist. Je mehr die betroffenen Personen selbst Initiativen ergreifen und eigenverantwortlich entscheiden, um so dauerhafter wird der erzielte Erfolg sein. Autonomie – eine klassische Kategorie der Ethik – ist ein Grundpfeiler nachhaltiger Entwicklung (Agenda 21, Kap. 23.2).

Diese Option Rios entspricht dem schon länger in den großen Hilfswerken anerkannten Motto «Hilfe zur Selbsthilfe». Der Versuchung, paternalistisch von oben herab die «rückständigen» und «unterentwickelten» Länder zu reformieren, wird in Absetzung von traditionellen Missions- und Entwicklungsbemühungen eine klare Absage erteilt. Diese Absage in der Praxis einzulösen, erfordert freilich ein hohes Maß an Selbstdistanz und Geduld.

Als Subjekte eigenverantwortlichen Handelns, denen im Mühen um Nachhaltigkeit besondere Aufmerksamkeit gelten muß, nennt Rio folgende Gruppen: Frauen, Jugendliche und Kinder, indigene Bevölkerungsgruppen, nichtstaatliche Organisationen, die Kommunen, ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften, Privatwirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie die Bauern. Die meisten davon sind auch KooperatorInnen oder AdressatInnen von Projekten Misereors: Zentren zur landwirtschaftlichen Ausbildung von Jugendlichen; Programme für junge Frauen mit dem Ziel ihrer Emazipation sowie Angebote für junge Paare, in denen partnerschaftlicher Umgang miteinander eingeübt wird; besonders kirchliche Gruppen unterstützen die indigene Bevölkerung, obgleich diese nur in wenigen Fällen getaufte Christen umfaßt; etliche Partnerorganisationen Misereors arbeiten mit kommunalen Einrichtungen und Universitäten zusammen; in vielen Fällen wird eine intensive fachliche Beratung der Kleinbauern angeboten und deren Zusammenschluß zu Kooperativen unterstützt. In den Konzepten der geförderten Programme spielt das Leitbild selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Handelns eine zentrale Rolle. In der Niederlassung der Organisation CECTEC (Centro de Educación, Capacitación y Tecnología Campesina) in Asunción konnten wir Ausbildungsmaterial begutachten, das pädagogisch wie didaktisch ausgesprochen gut aufbereitet war, um die verschiedenen Zielgruppen ohne große Theorie zu einem eigenständigen Urteil in ihren alltäglichen Problemen zu führen.

Die Früchte solcher Bildungsarbeit konnten wir deutlich wahrnehmen: Obwohl Argentinien und Paraguay bis weit in die achtziger Jahre hinein diktatorischen Regimes unterstanden und sich daher selbständige Organisationen erst in den neunziger Jahren bilden konnten, erlebten wir eine erstaunliche Fähigkeit der einfachen Menschen, selbstbewußt und strukturiert zu erzählen, darzustellen und zu diskutieren. Hinzu kam eine enorme Bereitschaft, den anderen zuzuhören und sie ausreden zu lassen. Wenn die Einheimischen auch weniger Faktenwissen hatten und weniger analytisch an Probleme herangingen als wir EuropäerInnen, lag die gepflegtere Diskussionskultur doch zweifelsohne auf ihrer Seite. Dies gilt für Männer wie für Frauen. Oft sind es Frauen, die in leitenden Positionen der Partnerorganisationen Verantwortung tragen.

Das geringe Alter der besuchten Organisationen war ihnen gleichwohl deutlich anzumerken: Vielfach sind die Konzepte noch in der Entwicklung, die Ziele einer Organisation noch nicht vollständig reflektiert. Erst jetzt setzt zudem ein massiver Mitgliederzuwachs ein, mit allen Schwierigkeiten, die ein explosionsartiges Wachsen von Gruppen bedeutet. Um so mehr werden sich europäische Partner hüten müssen, zu stark steuernd einzugreifen. Auch auf das Risiko hin, daß einzelne Organisationen ob des rasanten Mitgliederzuwachses ihre hohen Ziele nicht beibehalten können, muß die Autonomie solcher Gruppen so weit wie möglich gewahrt bleiben.

Erschwerend für die Entwicklung der Fähigkeit zu selbstbestimmtem Handeln machen sich historisch bedingte Faktoren bemerkbar: Wie erwähnt gibt es wenig Dörfer in unserem Sinne. Damit fehlen aber auch jene Sozialstrukturen, die sich in Mitteleuropa über Jahrhunderte entwickeln konnten und den Austausch sowie die Kooperation der Menschen kolossal erleichtern. Zudem ist noch immer die Herkunft vieler Menschen aus einer Kultur von Jägern und Sammlern spürbar. So scheiterten in Argentinien und Paraguay Finanzfonds, die in anderen Weltregionen erfolgreich arbeiten. Die meisten Menschen sahen einfach keine Notwendigkeit, ihre Kredite zurückzuzahlen.

### Landzugang und Schutz der Regenwälder

Die sozialen Gegensätze sind enorm. In Paraguay halten die 351 reichsten Großgrundbesitzer 25% der gesamten Landesfläche, nutzen aber selbst die gerodeten Flächen nur sehr begrenzt. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 77% des Bodens. Hingegen sind die Besitzverhältnisse der Kleinbauern oft unklar – es gibt vielfach keine oder mehrere einander widersprechende Dokumente über die Rechte an einem Grundstück. Und im Zweifel hat der Reiche natürlich den besseren Anwalt bzw. das höhere Schmiergeld zur Durchsetzung seiner Interessen.

Landlose bearbeiten häufig ohne offizielle Genehmigung staats-eigenes Land, etwa die ca. 20 Meter breiten Seitenstreifen der Straßen. Ihre Existenzgrundlage ist damit ohne jede rechtliche Absicherung. Vielfach besetzen sie deshalb Territorien, deren Übereignung durch den Staat chancenreich erscheint. Andererseits sind nicht alle Landlosen arbeitswillige Menschen. So manche verkaufen Land, das ihnen durch den Staat zu einem Einheitspreis von 80 US-Dollar pro Hektar zugeteilt wurde, bald zu dem viel höheren Marktwert weiter und besetzen neues Land. Hier wären Einschränkungen des Wiederverkaufsrechts ebenso nötig wie die engagierte Begleitung und fachliche Beratung der Bauern.

Das in Paraguay geltende Gesetz zur Landreform stammt von 1963. In ihm ist die Zwangsenteignung von Flächen der Großgrundbesitzer durch den Staat an die Bedingung gebunden, daß diese Flächen nicht adäquat landwirtschaftlich genutzt werden. Diese Regelung setzt eine für die noch vorhandenen Regenwälder des Landes fatale Entwicklung in Gang: Großgrundbesitzer holzen oder brennen ihren Regenwald ab, um eine landwirtschaftliche Nutzung ihrer Flächen vorzutäuschen. Internationale Konzerne kaufen ihnen günstig Land ab und roden, um Monokulturen anzubauen. Landlose besetzen intakte Waldgebiete,

weil dort ihre Chancen am höchsten sind, daß ihnen das Land zugesprochen wird. Erhalten sie es, roden sie es zumindest teilweise. Damit sie den Wald erst gar nicht besetzen können, wird er vorbeugend von den Besitzern gerodet: «Den Wald stehenzulassen heißt, die Landlosen zur Besetzung einzuladen» – so ein Vertreter der Colonias unidas, einer Kooperative von mittleren Bauern mit durchschnittlich 50 Hektar pro Familie. In der Folge wurden in Paraguay in den neunziger Jahren durchschnittlich 290000 Hektar Regenwald pro Jahr gerodet. Und wo überhaupt eine Wiederaufforstung geschieht, ob durch internationale Konzerne, die damit ihre Umweltbilanz schönen, oder durch staatliche Programme Argentinien und Paraguays, handelt es sich in der Regel um Monokulturen aus Eukalyptus oder Kiefernarten. Einzig die indigene Bevölkerung beläßt den größten Teil des Regenwaldes, wenn ihr ein Stück Land zugesprochen wird.

Gegenwärtig wird im paraguayischen Parlament ein neues Gesetz zur Landreform diskutiert. Dafür lagen ein Gesetzesentwurf der Großgrundbesitzer vor, von seiten der Kleinbauern und Landlosenorganisationen aber gleich mehrere, weit voneinander abweichende Entwürfe. Da ein Teil der Kleinbauern sein Heil in einer voll industrialisierten Landwirtschaft erhofft, ohne deren sichtbare ökologische Schäden und finanzielle Risiken ins Kalkül zu ziehen, zersplittert sich die Allianz der Kleinen. Einzig darin glichen sich zum Stand Anfang März alle Gesetzesentwürfe, daß eine Klausel zum Schutz noch bestehender Regenwälder fehlte. Auch die von Misereor geförderten Organisationen konzentrierten sich voll auf die sozialen Aspekte.

Mittlerweile wurden die verschiedenen Entwürfe in einem runden Tisch zwischen Abgeordneten und Groß- wie Kleinbauernorganisationen zusammengeführt. Für umstrittene Regelungen wurden mehrere Alternativen aufgeführt, für die die erste Lesung am 19. April vorgesehen war (das Ergebnis der Parlaments-sitzung war mir bei Abschluß des Artikels noch nicht bekannt). In diesem Entwurf werden erstmals in begrenztem Umfang ökologische Interessen berücksichtigt. Nach Art. 5 sollen geschützte Gebiete und Wälder von der Landreform prinzipiell ausgenommen werden. Art. 44 verpflichtet zur Unterschutzstellung ökologisch wertvoller Flächen. Damit ist zumindest ein Ansatz zum Schutz der Regenwälder gegeben, wenngleich die Praxis sicher sehr schleppend vorangehen wird, da hier Interessen der Großgrundbesitzer deutliche Einschränkungen erfahren könnten.

In Lateinamerika ist die Abholzung der Regenwälder anders als in anderen Kontinenten nicht primär eine Frage des Exports von teuren Hölzern. Im Gegenteil, in Umsetzung der Beschlüsse der UNCED von Rio 1992 legt z.B. in Paraguay ein Gesetz zum Schutz der Regenwälder den Besitzern enorme bürokratische Hürden beim Verkauf von Holz auf – selbst wenn dieses nachhaltig aus intakten Regenwäldern geschlagen wird. Das blockiert letztendlich eine maßvolle und ökologisch verträgliche Nutzung des Regenwaldes. Da von staatlichen Institutionen kaum effiziente Maßnahmen zu erwarten sind, wären wiederum die Nicht-Regierungs-Organisationen gefragt. 1993 führten die Impulse von Rio zur Gründung des internationalen «Forest Stewardship Council» (FSC), dessen Sitz in Mexiko liegt. Er zertifiziert über Partner vor Ort forstwirtschaftliche Betriebe, die gemäß einem Katalog von 56 Kriterien sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig arbeiten. Immerhin 10% der bisher erteilten Zertifikate gingen nach Lateinamerika. Paraguay und Argentinien weisen noch keine zertifizierten Betriebe auf. – Nicht alle Kriterien des FSC sind in Ökokreisen unumstritten. Manche wurden im Laufe der Jahre bereits verschärft. Dennoch scheint die Richtung zu stimmen: Wenn der Wald erhalten werden soll, müssen Wege gefunden werden, ihn umwelt- und sozialverträglich zu nutzen. Auch die Partnerorganisationen Misereors könnten dieses Anliegen politisch unterstützen und weitertragen.

### **Bäume im Acker: Nachhaltige Agroforstwirtschaft**

Der Regenwald als optimiertes Ökosystem baut keinen Humus auf, sondern verbraucht alles, was er produziert. Wo er gerodet

ist, bleibt deshalb purer Sand zurück. Der Boden ist daher enorm erosionsanfällig. Manche Kleinbauern Argentinien und Paraguays sind schon das zweite oder dritte Mal umgezogen, weil ihre Ackerflächen mit konventionellen Methoden nach wenigen Jahren völlig abgewirtschaftet waren. Zum Vergleich: Weltweit verloren in den vergangenen 40 Jahren ca. 30% der landwirtschaftlichen Flächen ihre Nutzbarkeit. Die Frage der Erhaltung des Bodens und seiner Fruchtbarkeit gewinnt angesichts dessen hohe Priorität.

Auf der anderen Seite mangelt es den Kleinbauern oft an soliden Kenntnissen über Landwirtschaft, Ökologie und die Vermarktung ihrer Produkte. Zwar sind viele von ihnen der Intensivlandwirtschaft müde: Spritzmittel, die in Europa längst verboten sind, werden in Lateinamerika noch immer produziert und verwendet, es gibt viele Erkrankungen auf Grund des Umgangs mit solchen Mitteln. Oft sind es Hubschrauberspritzungen der Großgrundbesitzer, die durch Windeinfluß als Dusche auf die Kleinbauernfamilien herabregnen und diese gesundheitlich schwer schädigen. Für sie selbst sind Spritzmittel zudem oftmals unerschwinglich. Überdies sorgen die vom Staat bis vor wenigen Jahren propagierten Monokulturen für eine totale Abhängigkeit vom Weltmarkt (z.B. Baumwolle, Soja) und haben in den letzten Jahren viele Kleinbauern finanziell an den Rand des Ruins getrieben. Doch was ist eine zukunftsfähige Alternative?

Die von Misereor unterstützten Organisationen und Kooperativen beraten und schulen die Campesinos und ihre Kinder im Konzept der sogenannten «Agroforstwirtschaft». Seine Ziele lauten:

▷ Zuerst die Selbstversorgung sichern: Alles, was die Familie zur Ernährung braucht, wird auf dem eigenen Land angebaut, damit eine gewisse Unabhängigkeit von weltwirtschaftlichen Schwankungen erreicht wird.

▷ Zwischen die normalen Ackerpflanzen werden in lockerem Abstand (Nutz-) Bäume gesetzt: Sie halten das Wasser und den Boden, geben den Ackerpflanzen Schatten und sorgen teilweise sogar für biologische Schädlingsabwehr.

▷ Um dem ausgelaugten Boden wieder Nährstoffe zuzuführen, wird eine maximale Diversifikation der angebauten Pflanzen und eine überlegte Fruchtfolge angestrebt. Nach der Ernte werden die Böden weitgehend mit den Pflanzenresten abgedeckt, um die Erosion zu stoppen und dem Boden neue Nährstoffe zuzuführen.

▷ Der Überschuß der tendenziell biologisch erzeugten Produkte wird nach Möglichkeit regional vermarktet, ggf. durch örtliche Kooperativen. Nur wo der Weltmarkt nicht zu umgehen ist (wie etwa bei der Baumwolle), liefert man die Produkte dorthin.

▷ Wo die Organisation der Kleinbauern weiterentwickelt ist, kann der gemeinsame Einsatz zum Aufbau einer örtlichen Infrastruktur führen – dem Aufbau einer flächendeckenden Trinkwasserversorgung, der Finanzierung eines bescheidenen Maschinenparks, dem Bau einer befestigten Straße.

Als ersten Verwendungszweck ihres wenigen selbst erwirtschafteten Geldes gaben alle (!) von uns besuchten Kleinbauern die Finanzierung einer soliden Schulausbildung ihrer Kinder an – ein Signal, daß sie verstanden haben, worum es geht: Nicht um Autarkie im Sinne totaler wirtschaftlicher Unabhängigkeit, sondern um Autonomie im Sinne wachsender Fähigkeit zu eigenständigem Urteilen und Handeln.

### **Grüne Gentechnik – ein Beitrag zur Nachhaltigkeit?**

Argentinien gehört zu der kleinen Zahl von Ländern, die bereits auf der überwiegenden Mehrzahl der Flächen gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen. In Paraguay gilt hingegen (wie z.B. auch in Brasilien) bislang ein gesetzliches Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen (GVO). Faktisch wird aber in begrenztem Umfang illegal gentechnisch verändertes Saatgut importiert und verwendet. Finanziell begünstigt dies jene, die das Gesetz mißachten und die mangelnde Kontrolle des Staates zu ihren Gunsten ausnutzen. Ist daher der Anbau von GVO unum-

gänglich? Und weiter: Könnte er nicht sogar einen Beitrag zu nachhaltigem Landwirtschaften erbringen?

Sicher sind die Chancen und Risiken einzelner gentechnischer Entwicklungen sehr unterschiedlich hoch. In Europa hat die öffentliche Debatte mittlerweile zu einer weitgehenden Abwägung der Folgen des Anbaus von GVO und zu einer entsprechend vorsichtigen und differenzierten Gesetzgebung geführt. Diese wird – nach dem Inkrafttreten der gegenwärtig beschlossenen EU-Richtlinien und der damit verbundenen Aufhebung des De-facto-Moratoriums für grüne Gentechnik – den Konzernen und Landwirten Rechtssicherheit sowie den Verbrauchern Transparenz und Gesundheitsschutz geben.

Gemäß der UNCED in Rio 1992 und gemäß dem Biosafety-Protokoll von 2000 hat die Autonomie der Länder in Fragen ökologischer und gesundheitlicher Sicherheit absoluten Vorrang. Daher müßte in den Ländern des Südens erst einmal die öffentliche Diskussion angeschoben werden, die in eine differenzierte und eigenständige Gesetzgebung münden kann. Ohne eine wirklich selbstbestimmte und eigenverantwortete Regelung der mit der grünen Gentechnik anstehenden Fragen wird es nicht zu einer dauerhaften Lösung kommen. Auf lange Sicht rächt es sich, wenn Konzerne um der kurzfristigen Gewinne willen eine umfassende Diskussion zu umgehen versuchen. Europa ist dafür im Blick auf die grüne Gentechnik das beste Beispiel.

Nachhaltig wäre es also, den Ländern des Südens Zeit zu geben für eine eigene, gesamtgesellschaftliche Diskussion der anstehenden Fragen. Misereor hat im Dezember 2000 ein Symposium paraguayischer Organisationen gefördert, das die öffentliche Debatte über die grüne Gentechnik anschieben und die Einrichtung einer mit einheimischen Experten besetzten Biosicherheitskommission beim Umweltministerium erreichen will. Mittelfristig wird natürlich, sofern eine beschränkte Nutzung der grünen Gentechnik erlaubt wird, der Aufbau effizienter Kontrollbehörden unabdingbar sein – für ein Land wie Paraguay, dessen Korruptheit man weithin «rühmt», eine gewaltige Herausforderung. In Lateinamerika werden noch heute Spritzmittel verwendet, die in Europa auf Grund ihrer schweren Schädigung für die menschliche Gesundheit seit Jahrzehnten verboten sind. Ob dort demnächst auch GVO im Handel vertrieben werden, die die Industrieländer (einschließlich der USA) gesetzlich eliminiert haben?

## Ökologische und politische Nachhaltigkeit im Konflikt

Der einzige Fall, in dem es beinahe zu einem Konflikt zwischen europäischen Gästen und paraguayischen Gastgebern gekommen wäre, war der Besuch bei einer Gruppe von ehemaligen Landlosen, die vor knapp einem Jahr ein bis dahin dem Militär gehörendes Waldstück erhalten hatte. Über zehn Jahre hatte die Gruppe um dieses Stück Land gekämpft. Nun war sie dabei, die eine Hälfte des Waldes zu roden, um Ackerland für den eigenen Anbau zu gewinnen – in der Hoffnung, die andere Hälfte der Regenwaldfläche unangetastet lassen zu können. Gleichwohl mußten sie sich heftiger Angriffe einiger von uns Deutschen erwehren. Die Rodung auch nur eines einzigen Hektars Regenwald schien inakzeptabel.

Zweifellos stellt der Schutz des Regenwaldes ein höchst dringliches Desiderat ökologischer Nachhaltigkeit dar. Es ist richtig und notwendig, alles nur Mögliche für seine Erhaltung zu tun. Auf der anderen Seite ist die Autonomie, die eigenverantwortliche Entscheidung der Betroffenen ein unverzichtbarer Teil politischer Nachhaltigkeit, ja sogar deren Grundlage. Zwischen ökologischer und politischer Nachhaltigkeit besteht in diesem Fall ein unauflösbares Spannungsverhältnis: Wird die ökologische Nachhaltigkeit den Entwicklungsländern durch die Industriestaaten paternalistisch aufgedrängt, kann sie (ganz unabhängig von der Frage, ob die reichen Nationen überhaupt das Recht dazu haben) politisch nicht von Dauer sein. Warten die Verantwortlichen der Länder des Nordens aber, bis der Regenwald restlos abgeholzt ist, geht die ökologische Basis der Nachhaltigkeit zu Grunde.

Einen Königsweg aus diesem Dilemma gibt es sicher nicht. Und doch: Die engagierte Begleitung der Organisationen vor Ort und das sichtbare Verständnis für die Existenznöte der Armen können kleine Schritte zu umfassend verstandener Nachhaltigkeit in Gang setzen. Dafür braucht es den Mut zu bescheidener und geschwisterlicher Kritik ebenso wie den fundamentalen Respekt vor der Autonomie der Partner; außerdem ein gehöriges Maß an Geduld und Distanz zu den im Norden so selbstverständlichen Überzeugungen; vor allem aber das, was den christlichen Glauben trägt: eine tiefe, unerschütterliche Hoffnung.

*Michael Rosenberger, Würzburg*